

# **Demokratie, Postdemokratie oder Neoliberalismus (marktremistischer Kapitalismus)?**

## **Demokratie - ein kurzer Blick in die Historie**

Die Attische Demokratie (Athen) im 5. Jahrhundert vor Chr. verstand sich schon als Volkssouveränität und bestimmte damit das Volk zum souveränen/herrschenden Träger der Staatsgewalt. Frauen und Sklaven waren aber neben anderen Menschengruppen in der Attischen Demokratie von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen.

In der Zeit der europäischen Kolonialreiche - ab 1492 bis jedenfalls 1797 (Französische Revolution) bzw. mindestens 1945 (Ende Zweiter Weltkrieg) - gab es Demokratie nur für die Herrenvölker, also die 'weißen' Gemeinschaften. Am 19. Januar 1919 fand in Deutschland die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt. Diese Wahl war die erste in Deutschland, an der Frauen als Wählerinnen und Gewählte teilnahmen. Die Sozialdemokratin Marie Juchacz hat an diesem Tag als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung gehalten und stellte fest: „Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann (...). Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“

Die Errichtung möglichst kompletter Demokratien ist also ein sehr mühevolleres Unternehmen.

## **Demokratie - was ist das wesensmäßig/inhaltlich?**

Allgemein wird unter Demokratie die Herrschaft des Staatsvolkes/des Volkes verstanden. Demokratie wird auch als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit bezeichnet oder als Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit mit Minderheitenschutz. Demokratie soll die Grundlage schaffen für eine Vielfalt moderner politischer Ordnungen, deren gemeinsames Kennzeichen die Volkssouveränität und die Beschränkung politischer Herrschaft ist - vgl. Schubert/Klein, Das Politiklexikon, Dietz Verlag 1997. In Demokratien ist das Volk oberster Souverän und oberste Legitimation politischen Handelns.

Der Souverän herrscht unmittelbar/direkt oder mittelbar durch vom Volk gewählte Abgeordnete in Parlamente (= die Vertretung des Volkes). Gestaltet wird die politische Machtausübung in modernen Demokratien durch die Gewaltenteilung in Legislative (Gesetzgebung (in den Parlamenten)), Exekutive (Regierung/Verwaltung) und Judikative (Rechtsprechung), die zu einer gegenseitigen Abhängigkeit und Kontrolle der staatlichen Organe führen soll. Mit der Vertretung des Volkes, also der repräsentativen Demokratie, können sich wesentliche Probleme ergeben (s.u.).

## **Postdemokratie**

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat 2003/2008 den Begriff der „Postdemokratie“ in die gesellschaftspolitische Debatte eingeführt. Als neuartige Erscheinung ist ein Gemeinwesen gemeint, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische (teilnahmslose) Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. (...) In einer Postdemokratie, in der immer mehr Macht an die Lobbyisten der Wirtschaft übergeht, stehen die Chancen schlecht für egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht sowie die Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppen (Colin Crouch, Postdemokratie, 2008 Suhrkamp).

Die Schlüsselinstitution der postdemokratischen Welt ist nach Crouch das globale Unternehmen. Das globale Unternehmen weist die Regierung darauf hin, dass es in diesem Land nicht investieren wird, wenn die nationalen Politiker darauf bestehen sollten, gewisse weitreichende Rechte der Arbeitnehmer beizubehalten. Die wichtigen Parteien des Landes erzählen dann ihren Wählern, dass veraltete Regelungen des Arbeitsrechts dringend reformiert werden müssten. Die Deregulierung nimmt ihren Lauf. Auch kann das globale Unternehmen eine Senkung der Unternehmenssteuern fordern, wenn die Politik will, dass das Unternehmen weiterhin im Land investiert. Die Politik kommt den großen Unternehmen entgegen und die Steuerlast wird von den Unternehmen auf die einzelnen Steuerzahler abgewälzt, die dann wiederum wegen der erhöhten Steuersätze aufgebracht sind. Die großen Parteien reagieren darauf, in dem sie die Parlamentswahlen als Steuersenkungswettbewerbe inszenieren; die Wähler geben ihre Stimme der Partei, die die größten Steuergeschenke verspricht. Einige Jahre später stellt man dann fest, dass alle öffentlichen Dienstleistungen bedrohlich an Qualität verloren haben. Der Sozialwissenschaftler Michael Kopatz (Ökoroutine, oekom verlag/Wuppertal Institut 2016/2018) formuliert trocken sachlich: Lobbyisten sind intelligent, gut organisiert und finanziell bestens ausgestattet. Und sie können Demokratien gefährden. Wenn sich achtsame Lebensstile verselbständigen sollen, können wir uns nicht vor einer Begrenzung der Einflussnahmen mächtiger Konzerne drücken.

## **Neoliberale Praktiken**

Der Rechtswissenschaftler Andreas Fisahn verortet die Deregulierung des Arbeitsrechts/der Arbeitsbeziehungen und die Senkung der Steuern für große Unternehmen als dritte Säule des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus - die Umverteilung. Um das „scheue Reh“ Kapital anzulocken, werden Unternehmens- und Einkommensteuern

gesenkt und über die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen Druck auf das Lohnniveau erzeugt. So entsteht insgesamt eine Umverteilung von unten nach oben. Diese Umverteilung nach oben führt logischerweise dazu, dass sich noch mehr Kapital in den Händen weniger konzentriert, Kapital, das wiederum neue Anlagemöglichkeiten, d. h. Chancen für eine hohe Verzinsung durch Privatisierung sucht. So werden neue Märkte auch im Inneren gesucht und gefunden in den Bereichen öffentlicher Dienstleistungen, die als Daseinsvorsorge für die Menschen vorher vom Staat organisiert wurden. Die Privatisierung führt einerseits dazu, dass privates Kapital investiert und meist - durch staatliche Garantien - gut verzinst werden kann. Das führt notwendigerweise zu einer anderen Funktionslogik dieses privatisierten Bereichs: Es geht nicht mehr um die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, sondern um die Erzielung von Gewinnen als Zinsen auf investiertes Kapital. Das führt schließlich zur vierten Säule des Neoliberalismus: der Abschottung der politischen Entscheidungsfindung gegen demokratische Willensbildungsprozesse (Andreas Fisahn, Die Demokratie entfesseln, nicht die Märkte, 2010 PapyRossa).

### **Exemplarisch 1: Privatisierung der Krankenhäuser in Hamburg**

Gegen die vom Senat beschlossene Privatisierung gab es ein Volksgesetzgebungsverfahren. 76,8 % der abstimmenden Hamburger votieren gegen den Verkauf der Krankenhäuser. Einige Zeit später wurde in die Bürgerschaft (den Landtag in HH) ein Gesetz eingebracht, das nun die Privatisierung gesetzlich vorschreiben wollte. Der Hamburger Verfassungsgerichtshof entschied, dass die Volksgesetzgebung keine Sperrwirkung für anschließende Parlamentsgesetze mit gegenteiligem Inhalt habe. So stand dem Beschluss der Bürgerschaft, mit dem 2004/2005 die Hamburger Krankenhäuser an eine private Gesundheitsfirma verkauft wurden, nichts mehr im Weg. Das Parlament setzte sich über den im aufwendigen Volksgesetzgebungsverfahren ausdrücklich erklärten Willen der Bevölkerung hinweg.

### **Exemplarisch 2: Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe**

In Berlin tobte jahrelang ein Kampf um die Veröffentlichung der Verträge mit den Berliner Wasserbaubetrieben, die teilprivatisiert worden waren. Das Parlament kann Geheimverträge offensichtlich nicht kontrollieren, die Folgewirkungen nicht berechnen und bei Folgeentscheidungen nicht zwischen unterschiedlichen Optionen wählen, da vertragliche Bindungen bestehen. Das Parlament wird entmachtet; im Zentrum der Macht sitzen die Administratoren und Private, die allgemein verbindliche Entscheidungen ausdealen!

### **Exemplarisch 3: Die Autonomie der Hochschulen**

Die Autonomie der Hochschulen hat diese den Interessen der Wirtschaft geöffnet. Diese sitzt nun in den Hochschulräten und bestimmt direkt die Hochschulentwicklung. Die Mitentscheidung von Studierenden in Form der Drittelparität hielt das Bundesverfassungsgericht 1973 für unzulässig. Sie stelle einen Eingriff in die Freiheit der

Forschung dar. Der ungleich stärkere Eingriff durch außeruniversitär besetzte Hochschulräte blieb bisher unbeanstandet.

Diese Beispiele stellen den Charakter/das Wesen neoliberaler faktischer Autonomie als Unabhängigkeit/Willensfreiheit dar. Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen dieser Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch Oligarchie - nicht Demokratie! Mindestens wird die Demokratie dadurch massiv entwertet.

Die Journalistin und Publizistin Daniela Dahn trifft die Aussage: „Wir haben einen Staat, der für den Missbrauch durch die Reichen geschaffen ist. (...) Ja, der Staat verwandelt sich immer mehr in eine Apparatur zum Schutz systemrelevanten Privateigentums auf Kosten der Allgemeinheit. Dabei verhindert das eherne Prinzip der Gewinnmaximierung Vernunft. Wenn etwa Gewerkschafter in Aufsichtsräten aus ökologischen und gesundheitlichen Gründen darauf drängen, schädliche industrielle Verfahren zu verändern, drücken sie mit dieser Investitionsforderung auf die Rendite. Das entgeht den Bankhäusern nicht. Sie verschlechtern das Ranking, und damit werden Kredite für dieses Unternehmen teurer.

Das heißt, vernünftige Vorschläge setzen einen Mechanismus in Gang, der abstrahlt, der Arbeitsplätze und womöglich das ganze Unternehmen gefährdet. Weshalb die Lohnabhängigen in den Aufsichtsräten schweigen, statt ihre Kontrollaufgabe wahrzunehmen“ (Daniela Dahn, Wir sind der Staat!, Rowohlt 2013/2017).

### **Als Resümee muss daher gelten:**

Wir müssen uns selbst als Träger der Demokratie - der Herrschaft des Volkes - wieder wirkmächtig einsetzen. In Bereichen, in denen die repräsentative Demokratie eine echte Herrschaft des Volkes faktisch mehr verhindert als befördert, müssen unmittelbare Demokratiestrukturen fest verankert werden. Etabliert werden muss zudem eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie als Vorstufe zu einem die Ökologieforderungen priorisierenden, sozial gerechten, solidarischen, egalitären und kooperativen Demokratiemodell außerhalb des Neoliberalismus und schließlich des Kapitalismus.

Diese sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie (Hans-Jürgen Urban, Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts, 2013) bedarf eines robusten Gerüsts aus: Politischer Demokratie, Sozialstaat, Tarifautonomie, Gestaltender Staat in der Wirtschaft, Erweiterte Mitbestimmung/Demokratische Arbeit, Gemeinwohlorientierte Kombination von öffentlichem und privatem Eigentum an Unternehmen, Gute Bildung und gute Arbeit für alle, Verteilungsgerechtigkeit, Ökologische, nachhaltige Wirtschaft, Domestizierung des Finanzsektors durch umfassende Regulierung, Reform der Europäischen Unternehmensverfassung inklusive der Errichtung von Wirtschaftsräten.